

Die Pläne für die Zivildienstpflicht.

Im Laufe dieses Krieges haben sich Probleme gezeigt, von denen die vielen Leute, die sich vorher mit der Kriegswirtschaft befaßt haben, nichts ahnten. Wohl hat man immer gewußt, daß in einem modernen Kriege die Arbeit in der Heimat im engsten Zusammenhang mit den Kämpfen an der Front steht. Aber in welchem Maße das Wirken der Daheimgebliebenen geradezu die Voraussetzung für die Erfolge der Kämpfer draußen ist, das hat uns doch eigentlich erst das letzte Jahr so recht deutlich vor Augen geführt. Von Männern und Frauen ist eine unendliche freiwillige Arbeit auf allen Gebieten geleistet worden. Und auch diejenigen, die mehr oder minder direkt im Interesse des Krieges ihrer gewohnten Tätigkeit im Vaterlande nachgingen, haben auf ihre Art mitgelämpft und zu den Erfolgen beigetragen, die Deutschland gegen eine ganze Welt errungen hat. Allein es entsteht doch immer mehr die Frage, ob das, was bisher freiwillig geschehen ist, genügt. Jedenfalls schweben in den maßgebenden Kreisen schon seit langem ernste Erwägungen, für die Köpfe und die Hände während der Kriegszeit eine gesetzliche Arbeitspflicht einzuführen. Diese Erwägungen sind jetzt so weit vorgeschritten, daß der Bundesrat in aller kürzester Frist mit einer Vorlage befaßt werden wird, die in ihrem Grundgedanken darauf hinausläuft, die Heimarmee zu mobilisieren. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird — obgleich das durchaus noch nicht feststeht — die Vorlage dann dem Reichstag zur gesetzmäßigen Behandlung vorgelegt werden, obwohl formell auf Grund seiner Ermächtigung der Bundesrat durchaus in der Lage wäre, in dieser drängenden und wichtigen Angelegenheit eine Notverordnung zu erlassen.

Was den Inhalt der Vorlage anbelangt, so ist darüber genaueres noch nicht bekannt. Es dürfte aber nicht so sehr die Absicht der Vorlage sein, etwa einen allgemeinen Arbeitszwang einzuführen, als vielmehr die rechtliche Grundlage dafür zu schaffen, daß alles, was direkt oder indirekt mit der Beschaffung der Versorgung für das Heer zusammenhängt, einheitlich und schnell organisiert werden kann. Vor allem dürften alle Gerüchte unzutreffend sein, die von der Einführung einer Dienstpflicht für die Frauen zu erzählen wußten. Ein Dienstzwang für Frauen würde überaus schwer durchzuführen sein, da die Verhältnisse der einzelnen Frauen selbst innerhalb der gleichen sozialen Schicht außerordentlich verschieden liegen. Die Kriegsarbeit der Frauen dürfte nur insofern durch das, was geplant ist, beeinflusst werden, als natürlich in demselben Maße, in dem Männer mehr als früher sich dem Vaterlande zur Verfügung stellen, der Ersatz männlicher Arbeitskräfte im Geschäfts- und Erwerbsleben durch Frauen steigen wird.

Der Grundgedanke des neuen Entwurfes ist jedenfalls, wie auch immer er in den Einzelheiten aussehen wird, warm zu begrüßen. In dieser schweren Zeit ist es die Pflicht eines jeden, der auf irgendeinem Gebiete etwas zu leisten vermag, fürs Vaterland zu arbeiten. Und es wäre deshalb vom Standpunkt der Allgemeinheit aus durchaus zu bewillkommen, wenn im vaterländischen Interesse die noch nicht oder nicht mehr wehrfähigen Männer zu einem Hilfsdienst aufgeboten würden, insofern sie sich nicht heute bereits im Staatsdienst oder in solchen Gewerben betätigen, die mittelbar oder unmittelbar für die Verteidigung des Vaterlandes von Wichtigkeit sind.

Von wesentlicher Bedeutung für das Gelingen all solcher Pläne ist aber nicht allein die Beschaffung der Arbeitskräfte, sondern vielmehr noch ihre Verteilung nach einheitlichen Gesichtspunkten. Diesem großen Gedanken dient in erster Linie das neue Kriegsamt, über dessen Gründung wir neulich bereits berichtet konnten. An der Spitze dieses Amtes steht der vor kurzem zum Generalleutnant beförderte frühere Chef des Feldbahnwesens Gröner. Die Tätigkeit des Amtes umfaßt alles, was mit der Versorgung des Feldheeres,

mit Waffen und Munition in irgendwelchem Zusammenhang steht. Dabei ist nicht nur an die Materialbeschaffung, sondern vor allem daran gedacht, daß Menschen mobil gemacht werden müssen, daß die Mobilmachung der Arbeitskraft vom Heeresersatz nicht zu trennen ist, daß Feldheer und Heimarmee unlöslich zu vermehrten Erfolgen zusammengeschweißt werden. Infolgedessen hat man von vornherein im neuen Kriegsamt all die früher getrennt arbeitenden Stellen zusammengefaßt, die der Kriegsindustrie und der Kriegswirtschaft dienen. Bei der Organisation des Amtes ist man von neuen Gesichtspunkten ausgegangen, die dem militärisch-wirtschaftlichen Doppelcharakter der neuen Stelle gerecht werden. So wird unter anderem der Generalleutnant Gröner als seine engeren Berater zwei Chefs vom Stabe zur Seite haben, einen militärischen und einen wirtschaftstechnischen. Wie wir hören, ist zum technischen Chef des Amtes der Direktor des Gruson-Werkes in Magdeburg Dr. Kurt Sorge ausersehen, von dem die verschiedenen technischen Abteilungen, gegliedert nach einzelnen Industriezweigen, abhängen werden. In das Kriegsamt ist ferner die Fabrikabteilung des Kriegsministeriums und das Waffen- und Munitionsbeschaffungamt übernommen worden, das bisher unter dem Generalfeldzeugmeister General Cuyper selbstständig arbeitete. Ferner ist dem Kriegsamt angegliedert das Kriegsarbeits- und Ersatzamt, dessen Leiter Oberst Marquardt sein wird, der bislang als Chef des Generalstabes einer Armee im Felde tätig war und zur Uebernahme dieses verantwortungsvollen Amtes in die Heimat berufen wurde. Dieses Amt gliedert sich wieder in das eigentliche Kriegsarbeitsamt, das die technischen Arbeitsmethoden studieren und organisieren und Beschaffung von Arbeitern selbst in die Hand nehmen soll, und in das Ersatzamt (die bisherige Ersatzabteilung im Kriegsministerium). Das Kriegsarbeitsamt wird auch einen Vertreter der Arbeitnehmer zum ordentlichen Mitglied haben, damit von vornherein die deutsche Arbeiterkraft, mit Vertretern der neuen Einrichtung entgegenkommend, das Arbeitsamt soll eben nicht etwa irgend welchen Lohndrückereien Vorschub leisten, sondern vor allem dafür sorgen, daß die geeigneten Arbeitskräfte an der geeigneten Stelle verwandt werden.

Ferner werden dem neuen Kriegsamt die nach wie von Herrn Major Röth geleitete Rohstoffabteilung und die bisherigen kriegsministeriellen Abteilungen für Ein- und Ausfuhr und für volkswirtschaftliche Unternehmungsfragen angehören.

Es ist beabsichtigt, bei der Leitung dieses Amtes von allen bürokratischen Gewohnheiten abzugehen. Es soll das Ganze betrachtet werden als ein großzügiges Geschäftsunternehmen, dessen Zweck der Sieg Deutschlands in diesem Kriege ist. Man will mit geschäftlichen Methoden in der Heimat die militärischen Methoden an der Front ergänzen. Damit alle unnötigen Schreiereien vermieden werden, und das Amt jederzeit über alle Vorgänge in den einzelnen Industriezweigen und den einzelnen Fabriken unterrichtet ist, wird das Kriegsamt Vertreter in den Provinzen bestellen. Die Mehrzahl dieser Vertreter werden bei den einzelnen Generalkommandos ihren Sitz haben. Eine besondere Vertretung wird man für das rheinische Industriegebiet in Düsseldorf und für das luxemburg-lothringische Revier in Metz bestellen. Es ist aber ferner auch in Aussicht genommen, abgesehen von den ständigen Vertretern, auch einzelne besonders geeignete Personen mit Reiseaufträgen hinauszuschicken. Ihre Aufgabe soll es wesentlich sein, in ständigen Besprechungen mit den Industriellen zu sehen, ob durch Verbesserung der Arbeitsmethoden oder durch andere Maßnahmen die Produktion im Dienste der Heereslieferung erhöht werden kann. Hierfür sind außer geeigneten kaufmännischen und industriellen Kräften insbesondere die Dozenten unserer technischen

Schulen in Aussicht genommen, die für diese Zwecke entweder vorübergehend Urlaub oder auf längere Zeit von der Erfüllung ihrer Lehraufträge entbunden werden sollen. In größtem Maßstabe rechnet das Kriegsamt außerdem auf die Mitwirkung der Studierenden der technischen Hochschulen. Sie sollen sich auch praktisch in den verschiedensten Betrieben betätigen. Und es ist, wie wir hören, bereits mit dem Kultusministerium von Seiten der Militärverwaltung deswegen Fühlung genommen, um ihnen die praktische Arbeitszeit im Kriegsdienst bei den Prüfungen in Anrechnung zu bringen.

Dieser Gedanke scheint uns im höchsten Maße ausbaufähig. Man sollte sich nicht nur auf die Studierenden oder Techniker beschränken, sondern auch die Studierenden der Rechte und der Staatswissenschaften in den Kreis der Kriegsarbeiter hineinziehen. Sie alle können erfolgreich Kriegsarbeit leisten, und auch ihnen müßte dann diese Dienstzeit bei den Prüfungen und evtl. auch bei den Staatsanstellungen angerechnet werden. Im vaterländischen Hilfsdienst ist genau so ehrenvolle Arbeit zu tun wie draußen im Felde.